



## Niederschrift

### 29. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

---

**Sitzungstermin:** Dienstag, 18.10.2022  
**Sitzungsbeginn:** 18:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:16 Uhr  
**Ort, Raum:** Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469  
Potsdam

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	Sozial.DIE LINKE	Sitzungsleitung
Herr Pete Heuer	SPD	
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Sven Brödnö	DIE aNDERE	

##### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Leon Troche	SPD
Herr Matthias Finken	CDU

##### sachkundige Einwohner

Frau Kathrin Jackel-Neusser	SPD
Herr Hendrik Nolde	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Kerstin Sammer	CDU
Herr Alexander Tassis	AfD
Frau Katharina Tietz	DIE aNDERE
Frau Nina Waskowski	Sozial.DIE LINKE

##### Beigeordnete

Frau Brigitte Meier	Geschäftsbereich 3
---------------------	--------------------

##### Vertreter der Beiräte

Frau Fereshta Hussain	Migrantenbeirat
Herr Peter Mundt	Seniorenbeirat

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussvorsitz

Herr Uwe Adler	SPD	entschuldigt
----------------	-----	--------------

##### Ausschussmitglieder

Frau Isabelle Vandré	Sozial.DIE LINKE	entschuldigt
Herr Lars Eichert	CDU	entschuldigt
Frau Sabine Becker	Freie Demokratische Partei	entschuldigt



- 5.4 Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!  
Vorlage: 22/SVV/0737  
Fraktion DIE LINKE  
- Wiedervorlage -
- 5.5 Verkürzung der Bearbeitungszeiten bei Einbürgerungsanträgen  
Vorlage: 22/SVV/0795  
Fraktion DIE aNDERE
- 5.6 Verbesserter Lärmschutz entlang der A115  
Vorlage: 22/SVV/0813  
Fraktion Freie Demokraten
- 5.7 Einrichtung einer Online-Plattform Senior:innennetz Potsdam  
Vorlage: 22/SVV/0823  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.8 Initiative des Bundespräsidenten unterstützen – Wohnungslosigkeit verhindern  
Vorlage: 22/SVV/0824  
Fraktion SPD
- 5.9 Konzeptvergabe für die Sellostraße 20 und 21  
Vorlage: 22/SVV/0838  
Fraktion DIE LINKE
- 5.10 Anteilige Förderung 2023-2025 zum Projekt "Hürden nehmen - Psychosoziale Versorgung für Geflüchtete"  
Vorlage: 22/SVV/0913  
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration  
Vorabberatung
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Kostenübernahme für Verhütungsmittel  
Vorlage: 22/SVV/0882  
Oberbürgermeister, Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst
- 7 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.09.2022**

Frau Schulze stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Tagesordnung. Sie schlägt vor, die Drucksachen 22/SVV/0418 „Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe“ (TOP 5.3), 22/SVV/0737 „Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!“ (TOP 5.4) und 22/SVV/0813 „Verbesserter Lärmschutz entlang der A115“ (TOP 5.6) zurückzustellen.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Anschließend stellt Frau Schulze die Niederschrift zur Sitzung vom 20.09.2022 zur Abstimmung. Die Niederschrift wird 3 Zustimmungen und 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

### **zu 3        Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion**

Der Bericht des Migrant:innenbeirates liegt schriftlich vor und wird zur Kenntnis genommen.

Der Bericht des Seniorenbeirates liegt ebenfalls schriftlich vor und wird zur Kenntnis genommen.

### **zu 4        Seelische Gesundheit**

#### **zu 4.1     Report zur Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit psychischen Erkrankungen**

Frau Magnussen gibt anhand einer Präsentation eine kurze Einführung und stellt die Grundlagen sowie die Historie der Kontakt- und Beratungsstelle vor und geht auf die Entwicklung der Fachleistungsstunden im Vergleich zum Jahr 2021 ein. Anschließend stellt Frau Kursawe die Arbeit der Kontakt- und Beratungsstelle vor. Sie weist darauf hin, dass es sich um ein kostenloses und niedrigschwelliges Angebot handelt und stellt die einzelnen Beratungsangebote vor.

Im Anschluss an die Vorstellung beantwortet Frau Kursawe Nachfragen von Seiten der Ausschussmitglieder.

#### **zu 4.2     Report zu Präventionsmaßnahmen des ÖGD 2022**

Herr Adam stellt anhand einer Präsentation die Arbeit des Sozialpsychiatrischen Dienstes vor und beantwortet Nachfragen von Seiten der Ausschussmitglieder. Anschließend stellt Frau Magnussen die Maßnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung 2022 vor und gibt einen kurzen Ausblick auf das Jahr 2023.

### **zu 5        Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 5.1     Sichtbarkeit von psychosozialen Hilfsangeboten erhöhen**

**Vorlage: 22/SVV/0444**

Fraktion SPD, DIE LINKE

- Wiedervorlage -

Frau Magnussen stellt die öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen anhand einer Präsentation vor.

Herr Fröhlich beantragt, den Antrag für erledigt durch Verwaltungshandeln zu erklären.

Frau Schulze bittet um Abstimmung darüber, dass der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 4 Zustimmungen und 3 Stimmenthaltungen angenommen.

**zu 5.2 Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz Potsdam**

**Vorlage: 22/SVV/0367**

Fraktionen SPD, DIE LINKE

- Wiedervorlage -

Herr Wolfram verweist auf die Diskussion dazu im SBWL-Ausschuss. Er empfiehlt, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit aktualisiertem Datum für den Bericht im Hauptausschuss zuzustimmen. Des Weiteren bietet er an, einen Zwischenbericht zu geben.

Herr Heuer beantragt, den Antrag für erledigt durch Verwaltungshandeln zu erklären.

Frau Schulze bittet um Abstimmung darüber.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 6 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung angenommen.

**zu 5.3 Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe**

**Vorlage: 22/SVV/0418**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird zurückgestellt.

**zu 5.4 Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!**

**Vorlage: 22/SVV/0737**

Fraktion DIE LINKE

- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird zurückgestellt.

**zu 5.5 Verkürzung der Bearbeitungszeiten bei Einbürgerungsanträgen**

**Vorlage: 22/SVV/0795**

Fraktion DIE aNDERE

Herr Brödno bringt den Antrag ein und gibt Erläuterungen.

Frau Wildner trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor und verweist auf die bundesrechtlichen Regelungen, die einzuhalten sind. Sie verweist auf die erheblich gestiegene Zahl der ausländischen Mitbürger/-innen, die einen Einbürgerungsantrag gestellt haben und damit ihren Anspruch auf Einbürgerung geltend machten. Dieses Phänomen wird noch weitere Zeit zu beobachten sein, denn ein Großteil der in den Jahren 2015 und 2016 nach Deutschland geflüchteten Menschen wird bis 2024 die für eine Einbürgerung vorausgesetzte Mindestaufenthaltsdauer erreichen.

Die bestehenden Möglichkeiten zur sofortigen Einrichtung weiterer Personalstellen sind durch Nutzung freier Stellenanteile innerhalb des Fachbereiches Ordnung und Sicherheit bereits ausgeschöpft. Der Bedarf an weiteren Personalstellen ist vorausschauend für den Haushaltsplan 2023/2024 angemeldet worden.

Eine Deckelung der Verfahrensdauer auf sechs Monate ist selbst bei bester Personalausstattung aufgrund der nicht von der Einbürgerungsbehörde zu vertretenden bzw. nicht zu beeinflussenden Zeiten nicht möglich.

Da der Antrag haushaltsrelevante Punkte enthält, empfiehlt Herr Fröhlich, die Zurückstellung bis zur Haushaltsdebatte.

Herr Brödnö folgt der Empfehlung von Herrn Fröhlich bezüglich der Zurückstellung des Antrages.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über Zurückstellung der Drucksache bis zur Haushaltsberatung.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

**zu 5.6      Verbesserter Lärmschutz entlang der A115**

**Vorlage: 22/SVV/0813**

Fraktion Freie Demokraten

Die Drucksache wird zurückgestellt.

**zu 5.7      Einrichtung einer Online-Plattform Senior:innennetz Potsdam**

**Vorlage: 22/SVV/0823**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Fröhlich bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Kitzmann macht deutlich, dass es sich hierbei um eine pflichtige Aufgabe der Pflegekassen handelt. Die Stadtverordnetenversammlung hat mit dem Beschluss 21/SVV/0501 die Landeshauptstadt Potsdam mit der Umsetzung des "Pakts für die Pflege" und des Förderprogramms "Pflege vor Ort" beauftragt. Gegenstand der Förderung des Förderprogramms "Pflege vor Ort" ist unter anderem die Sicherstellung der sozialen Teilhabe, insbesondere bereits pflegebedürftiger Menschen und häuslich Pflegenden.

Selbstverständlich wird hier die LHP in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Älter werden in Potsdam tätig und wird im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge bei der Antragstellung unterstützen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet Frau Schulze um Abstimmung über den vorliegenden Antrag.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass die Projektidee einer Online-Plattform Senior:innennetz Potsdam eingerichtet wird.

Dies soll in einer ersten Phase für Pflegebedürftige und deren Angehörige und Unterstützer:innen ausgerichtet werden, mit dem Ziel der Förderung der kulturellen und gesellschaftlichen Teilhabe für Menschen mit Pflegebedarf und ihrer Angehörigen. Die Online-Plattform soll sämtliche Freizeitangebote, Veranstaltungen und Orte, speziell für Menschen mit Pflegebedarf und deren Angehörigen potsdamweit bündeln und möglichst barrierefrei zugänglich machen. Der Eintrag auf der Plattform soll kostenfrei sein und so nicht-kommerzielle Angebote in der Öffentlichkeitsarbeit unterstützen und deren Reichweite erweitern.

In diese Plattform integriert werden sollen zunächst die Themenfelder Begegnung, Bewegung und Gesundheit, Alltagshilfen und Ehrenamt, Rund um die Pflege einschließlich eines „Online-Pflegeplatzfinders“, einschließlich von links in bereits bestehende Pflegeplatzfinder (z.B. der AOK) und Beratungsangebote. Sie soll konzeptionell und technisch kontinuierlich durch die Installation einer Steuerungsstruktur weiterentwickelt werden.

Die Zusammenarbeit mit Projekten zur Förderung der digitalen Teilhabe, wie zum Beispiel den Digital-Lots:innen oder Kurse für Einsteiger:innen verschiedener Bildungsträger in Potsdam (Akademie 2. Lebenshälfte, Urania, usw.) soll Teil des integrierten Ansatzes sein.

Mittelfristig soll in einer zweiten Phase die Palette um Angebote speziell für Senior:innen insgesamt erweitert werden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2023 Bericht zu erstatten.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 6 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung angenommen.

**zu 5.8 Initiative des Bundespräsidenten unterstützen – Wohnungslosigkeit verhindern**

**Vorlage: 22/SVV/0824**

Fraktion SPD

Herr Heuer bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Svejda teilt mit, dass ca. 100 bis 120 Personen in LHP auf der Straße leben. Er weist darauf hin, dass für die Umsetzung des Konzeptes auch genügend Wohnraum zur Verfügung stehen muss. Bereits jetzt bestehen vielfältige Beratungs- und Informationsangebote. Er macht deutlich, dass das Konzept zur Wohnungsnotfallhilfe überarbeitet werden muss. Dies wird jetzt angegangen.

Frau Meier ergänzt, dass psychosoziale Angebote genauso wichtig sind wie die Wohnungsangebote. Ein großes Anliegen ist beispielsweise ein Angebot für nasse Alkoholiker.

Herr Fröhlich schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und inhaltlich zu überarbeiten oder zu warten, bis das überarbeitete Konzept zur Wohnungsnotfallhilfe vorliegt.

Herr Heuer greift den Vorschlag auf und beantragt die Zurückstellung des Antrages zur Verständigung in der SPD-Fraktion und anschließend der Kooperation bis zur nächsten GSWI-Sitzung.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über Zurückstellung der Drucksache.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

**zu 5.9 Konzeptvergabe für die Sellostraße 20 und 21**  
**Vorlage: 22/SVV/0838**  
Fraktion DIE LINKE

Herr Jekel weist darauf hin, dass die Pro Potsdam hier keine Verkaufsabsichten hat. Auch die Verwaltung ist daran interessiert, dass die Gebäude nicht veräußert werden. Aktuell gibt es im Haus verschiedene Nutzungen.

Frau Schulze stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**  
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
Der Oberbürgermeister wird in seiner Eigenschaft als Gesellschaftervertreter der Stadt für die ProPotsdam GmbH beauftragt, für die kommunalen Häuser Sellostraße 20 und 21 mittels eines Konzeptverfahrens eine Ausschreibung zur Vergabe nach Erbbaurecht vorzunehmen.

Dabei sollen folgende Grundsätze des Konzeptverfahrens gelten:

- Bieter: nur gemeinnützige juristische Personen.
- Erbbauzins von 1€ pro Jahr.
- Bieter haben Wohnraum mit Sozialbindung nach Richtlinien der Stadt Potsdam zu schaffen.
- Bieter haben die Einbindung bisheriger Mieter und der Nachbarschaft bei der Konzepterarbeitung und Umsetzung nachzuweisen.
- Bieter sollen möglichst eine nachhaltige Sanierung der beiden Häuser vornehmen.
- Bieter sollen einen Gemeinschaftsraum zur Nutzung für Mieter und Nachbarschaft schaffen.

**Abstimmungsergebnis:**  
Mit 1 Zustimmungen und 6 Ablehnungen **abgelehnt.**

**zu 5.10 Anteilige Förderung 2023-2025 zum Projekt "Hürden nehmen -  
Psychosoziale Versorgung für Geflüchtete"**  
**Vorlage: 22/SVV/0913**  
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration  
- Vorabberatung -

Frau Rudolph bringt den Antrag ein und gibt Erläuterungen. Anschließend beantwortet sie Nachfragen von Seiten der Ausschussmitglieder.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**  
Der Verein KommMit e.V. wird für das Projekt „Hürden nehmen - Psychosoziale

Versorgung für Geflüchtete" im Rahmen des EU-Förderprogramms AMIF (Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds) des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge mit einer Projektfinanzierung in Höhe von 10 % bis zu 32.500 € pro anno für den Projektzeitraum 2023 – 2025 unterstützt.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 6 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung angenommen.

**zu 6            Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 6.1        Kostenübernahme für Verhütungsmittel**

**Vorlage: 22/SVV/0882**

Oberbürgermeister, Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 7            Sonstiges**

Herr Jekel kündigt an, dass die AG Asyl vor der nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses ab ca. 16:30 Uhr tagen wird.

Frau Schulze informiert, dass sie zukünftig nur noch als stellvertretendes Mitglied der Fraktion Sozial.DIE LINKE im GSWI-Ausschuss tätig sein wird. Somit muss in der nächsten Sitzung eine neue stellv. Vorsitzende / ein neuer stellv. Vorsitzender gewählt werden.

Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 29. November 2022, 18:00 Uhr

**Jana Schulze**  
**Stellv. Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**